

Beschimpft, bespuckt und angerempelt

Für die Schweizer Juden wird der islamische Antisemitismus zum gravierenden Problem

SIMON HEHLI

Drei Wochen sind vergangen, seit Hamas-Terroristen auf bestialische Weise Hunderte von israelischen Kindern, Frauen und Männern ermordet und mehr als 200 Geiseln genommen haben. Israel antwortet mit Bombardements, die wohl bereits mehrere tausend Menschenleben gefordert haben, und beginnt nun mit der Bodenoffensive, um die Terrororganisation zu vernichten. Das Geschehen im Nahen Osten löst Schockwellen aus – auch in der Schweiz. Zu spüren bekommen das insbesondere die rund 18 000 Schweizer Jüdinnen und Juden.

Am Wochenende gingen in Zürich, Bern oder Basel Tausende auf die Strasse, um ihre Solidarität zu bekunden – mit den Palästinensern, nicht mit Israel. Die meisten belissen es dabei, Palästina-Fahnen zu schwenken oder Schilder mit dem Aufruf «Free Palestine» in die Luft zu halten. Doch auf manchen Transparenten wurden auch Vergleiche zwischen Israel, Hitler und dem Holocaust gezogen. Und selbst der Slogan «From the river to the sea, Palestine will be free» tauchte vereinzelt auf. Ein palästinensischer Staat vom Fluss Jordan bis zum Mittelmeer: Das würde die Auslöschung des Judenstaates bedeuten.

Attacken häufen sich

Die Stimmung ist aufgeheizt – und es gibt eine beispiellose Häufung von antisemitischen Attacken. Die Meldestelle des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) kommt kaum mehr nach bei der Auswertung der Meldungen. Online, also vor allem auf Facebook, X (vormals Twitter) oder Telegram, zählte der SIG vom 7. Oktober bis letzten Freitag 173 Vorfälle. Sonst sind es pro Monat rund 70.

In der realen Welt kam es bis zum 25. Oktober zu 33 Vorfällen, darunter vier Tötlichkeiten – sonst in der Schweiz eine absolute Ausnahme. Zwei Jugendliche pöbelten im Kanton Zürich einen Mann an, der eine Halskette mit dem Davidstern trug. Sie spuckten ihm auf die Füsse und schrien: «Free Palestine!» Beim Bahnhof Stadelhofen wurden zwei jüdische Männer mit Boxschlägen attackiert. Jemand beschimpfte die Zürcher FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel mit «Scheiss-Jude». In Basel wurde ein Sicherheitsbeamter bei der Grossen Synagoge provoziert und angespuckt. Hinzu kommen antisemitische Schmierereien, Hassbriefe und Hassmails an jüdische Organisationen oder Privatpersonen.

«Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass sich in der Schweiz so schnell eine Antisemitismuswelle aufbauen kann», sagt der SIG-Generalsekretär Jonathan



Vom Mittelmeer bis zum Jordan ein freies Palästina: Was diese Demonstranten am Samstag in Genf forderten, stuften manche Beobachter als Aufruf zur Vernichtung Israels ein.

MARTIAL TREZZINI / KEYSTONE

Kreutner. «Die jüdische Community kam praktisch über Nacht in eine enorm schwierige Situation.» Kreutner, sonst stets zurückhaltend, zeigt sich stark beunruhigt – zumal der neuste Konflikt gerade erst begonnen hat und weitere Eskalationen zu befürchten sind.

Das Credo des SIG sei es, dass sich jüdische Menschen nicht einschüchtern lassen sollen, dass sie sich nicht gezwungen sehen sollen, die Kippa oder den Davidstern zu verbergen. «Aber es ist ein Fakt, dass sich viele Jüdinnen und Juden unsicher fühlen und dass man wachsam sein muss.» Mit Blick auf die Nachbarländer sagt Kreutner: «Juden werden bespuckt, Juden werden angerempelt, aber bis jetzt zum Glück hierzulande nicht an Leib und Leben bedroht.» Die gegenwärtige Situation in der Schweiz erinnere ihn an die leider seit Jahren «normalen» Zustände in Frankreich oder Deutschland, während der Antisemitismus dort derzeit wegen der Ereignisse in Nahost noch viel stärker grassiere.

Offenkundig ist, dass für die verbalen und tätlichen Attacken neben Linksrädikalen auch Muslime verantwortlich sind. Oder wie es Kreutner diplomatisch formuliert: «Antisemitische Angriffe kommen aus der Mitte der Gesellschaft, aber es sind auch Vorfälle auf Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen.»

Es stellt sich deshalb die Frage, wie verbreitet der Antisemitismus unter den rund 400 000 Musliminnen und Muslimen in der Schweiz ist.

Umfragen aus Deutschland zeigen, dass die Muslime dort deutlich jüdenfeindlicher sind als der Rest der Gesellschaft. Entsprechende Erhebungen sind für die Schweiz Mangelware, auch das Bundesamt für Statistik hat dazu bisher keine Zahlen publiziert. Der Extremismusforscher Dirk Baier von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat immerhin eine Studie zur Haltung von Jugendlichen vorgelegt. Dabei zeigte sich, dass fast 20 Prozent der jungen Muslime antisemitisch eingestellt sind, bei sehr religiösen männlichen Muslimen sind es sogar 30 Prozent. Das heisst, sie bejahen folgende zwei Aussagen: «Juden haben in der Schweiz zu viel Einfluss» und «Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig». Unter den christlichen und konfessionslosen Jugendlichen sind gemäss dieser Definition lediglich rund 6 Prozent antisemitisch.

Die ZHAW-Studie belegt im Umkehrschluss aber auch, dass rund 80 Prozent der muslimischen Jugendlichen keine oder nur geringe Judenfeindlichkeit aufweisen – das ist ein hoher Wert im inter-

nationalen Vergleich. Geht man davon aus, dass dies bei den Erwachsenen nicht wesentlich anders aussieht, dann lässt sich das mit einer These erklären, die viele Experten teilen: Die Schweiz hat in dieser Hinsicht Glück, was die ethnische Zusammensetzung ihrer muslimischen Bevölkerung anbelangt.

Viele Albaner, wenige Araber

Mehr als die Hälfte der Muslime in der Schweiz stammen vom Balkan, es sind Albaner und Bosnier. Weitere 20 Prozent sind Türken. Nur ein geringer Anteil hingegen kommt aus arabischen Ländern. Zwar gibt es im Islam – ähnlich wie im Christentum – einen religiös begründeten Antisemitismus, wie der Islamwissenschaftler Amir Dziri vom Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg sagt. Aus der Enttäuschung Mohammeds, dass die jüdischen Gemeinden sich ihm nicht anschlossen, hätten spätere Muslime eine pauschale Verunglimpfung von Juden abgeleitet.

Dieses Narrativ wäre theoretisch anschlussfähig für alle Muslime. Dennoch ist es laut Dziri in der arabischen Welt viel weiter verbreitet als in anderen islamischen Ländern: «Es passt eben gut

zum modernen politischen Antisemitismus, der sich vor allem aus dem arabischen Nationalismus und der Ablehnung des Staates Israel speist.» Vor diesem Hintergrund ist auch der Tweet eines aus Ägypten stammenden Dozenten der Universität Bern zu sehen, in dem dieser die Hamas-Attacke verherrlichte und der den Forscher mittlerweile den Job gekostet hat. Die Muslime aus Ex-Jugoslawien treibt der Nahostkonflikt hingegen deutlich weniger um.

Ein Fragezeichen gibt es hingegen bezüglich der türkischstämmigen Bevölkerung. Der Rechtsanwalt Emrah Erken, der als Publizist immer wieder über Islamismus schreibt und selbst in der Türkei geboren ist, stellt diesbezüglich eine «sehr beunruhigende Entwicklung» fest. In der Schweiz leben gut 100 000 Menschen mit Wurzeln in der Türkei. Bis vor einigen Jahren vertrat die Türkei gegenüber Israel eine relativ wohlwollende Haltung. «Doch vor allem in den letzten Wochen hat sich eine massive Israel- und eine davon völlig unabhängige Judenfeindlichkeit bemerkbar gemacht», sagt Erken.

Regierungstreue TV-Sender, die in der Diaspora sehr populär seien, üben laut Erken besonders laute Kritik an den Angriffen der Israeli auf die Hamas im Gaza-Streifen. Und selbst linke türkische Tageszeitungen würden antisemitische Stereotype verbreiten. «Die Falschmeldung, dass Israel das Al-Ahli-Spital angegriffen und absichtlich Hunderte von Menschen getötet habe, brachten diese Medien gross. Und sie haben sie nie korrigiert.» Erschrocken ist Erken, dass auch linke Intellektuelle wie der Pianist Fazil Say inzwischen als «Israelhasser» wahrnehmbar seien. Am Wochenende verschärfte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den Ton nochmals. «Israel, wir werden dich vor der Welt zum Kriegsverbrecher erkennen!», verkündete er. Die Hamas ist laut Erdogan keine Terrorgruppe, sondern eine Befreiungsorganisation. Emrah Erken fürchtet, dass solche Haltungen auf die Türkinnen und Türken im Ausland abfärben könnten.

Pascal Gemperli, Sprecher des muslimischen Dachverbandes FIDS, ist sich da weniger sicher. Gegen eine solche Entwicklung spreche, dass die Vertreter türkischer Moscheevereine stark in der Schweiz verankert seien und sich teilweise selbst dann hinter vorgehaltener Hand Erdogan-kritisch äusserten, wenn ihre Institutionen vom türkischen Staat mitfinanziert würden. Gemperli bedauert, dass es unter den Schweizer Muslimen auch Personen mit antisemitischen Haltungen gibt. Die Muslimverbände in der Schweiz nehmen laut Gemperli eine «möglichst nüchterne und objektive Haltung» ein – und würden dafür intern auch von propalästinensischen Kreisen kritisiert.

Grüne und Mitte gemeinsam gegen die FDP?

Aussichtslose Bundesratskandidatur könnte ein Vorzeichen für neue Allianz links der Mitte werden

DAVID BINER, BERN

Die Grünen haben keine Chance, wenn sie bei den Gesamterneuerungswahlen am 13. Dezember einen Bundesratssitz der FDP angreifen. Das wissen alle unter der Bundeshauskuppel, natürlich auch die Grünen selbst. Gleichwohl werden sie sich auf einen Kandidaten einigen, womöglich ist Ende dieser Woche klar, wer dies sein wird. Die anstehenden Bundesratswahlen könnten für die Partei, die in diesem Jahr ihr 40-jähriges Bestehen feiert, richtungsweisend sein: Weniger Strasse, weniger links, auch weniger Glättli – dafür mehr Kompromisse, mehr Realismus. Und mehr Macht?

Die vergangene Woche war eine Achterbahnfahrt für die Grünen. Zuerst die Schlappe am Wahlsonntag, dann das Aufatmen am Mittwoch, nachdem herauskam, dass sich das Bundesamt für Statistik verrechnet hatte und die Wahlniederlage so schlimm nun auch wieder nicht ist. Und schliesslich die Fraktionssitzung, die

am Freitag begann und am Samstagmittag mit einer Ansage endete: «Die Zauberschlüssel muss neu ausgehandelt werden. Die Grünen machen den Anfang.»

Andrey, Girod, Zopfi

In diesen Tagen hat sich bei den Grünen ein Reflexionsprozess akzentuiert, der schon länger im Gang ist. Wenn man sich auf nationaler Ebene mittelfristig etablieren und irgendwann auf einer soliden Grundlage weiterwachsen möchte, braucht man – nebst so vielen Nationalratssitzen wie möglich – eine gute Ständratsdeputation, vor allem aber den Zugang zu institutionell wichtigen Ämtern und neue Verbündete. Bei der Zusammensetzung der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Aufarbeitung des CS-Debakels ist dies den Grünen erstmals gelungen.

Sie konnten mithilfe der Mitte-Partei die St. Galler Grünen-Nationalrätin Franziska Ryser ins Vizepräsidium der

PUK hieven – an Roger Nordmann und an einer verdutzten SP vorbei. Nach ausen eher unscheinbar, war die Personalie vor allem ein Signal nach innen. Man will sich im linken Lager mittelfristig von der SP emanzipieren und sich vermehrt auch dem politischen Zentrum öffnen. Da wartet die ökonomische GLP, vor allem aber die Mitte-Partei, die sich ihrerseits verstärkt von der FDP differenzieren will.

Der grün-zentristische Pulk vereint mehr als 30 Prozent Wähleranteil auf sich, im Nationalrat sind es gut 70 Sitze. Das reicht zwar nicht, der FDP einen der beiden Bundesratssitze zu entreissen. Aber der Druck auf den Freisinn bliebe nach dessen verlorener Wahl hoch. Auch die wiedererstarkte SP würde unter Zugzwang geraten. Sie würde die neue Allianz brauchen, um den angeblichen «Rechtsrutsch» aufzuhalten. Gleichzeitig müsste sie bei ihren Maximalforderungen schon früh Abstriche machen, um die Mitte und die Grünen mit an Bord zu haben.

Der Kandidat, den die Grünen dieses Mal aufstellen werden, würde demnach aus dieser Tektoskopie erwachsen. Gesucht ist ein Realo, jemand, der es gut kann mit den Bürgerlichen und der weniger links scheint, als er ist. Die Hoffnungsträgerin hierfür ist Franziska Ryser. Die erst 32-Jährige hat sich aber bereits aus dem Rennen genommen. Es bleiben vor allem der Freiburger Nationalrat Gerhard Andrey, der Zürcher Bastien Girod und der Glarner Ständerat Mathias Zopfi. Alle anderen scheinen zu jung, zu alt oder zu links.

Kandidatur kein Karrierekiller

Allein dass die Geschlechterfrage oder eine andere Äusserlichkeit nicht übermässig in den Vordergrund gestellt wird, zeigt, dass es die Grünen ernst meinen. Sie wollen einen Klima-Kandidaten aufstellen, der zwar nicht gewinnen kann, aber nicht «verheizt» werden soll. Die aussichtslosen Wahlchancen sollen

kein Karrierekiller sein und – zumindest innerhalb der Grünen – gewürdigt werden. Mit Blick auf künftige Vakanzen sagte Balthasar Glättli in der «Sonntags-Zeitung»: «Die Fraktion wird dann nicht vergessen, wer sich diesmal zur Verfügung gestellt hat.» Ochsentour, Kalkül, Loyalität – oder, wenn der Grüne-Präsident plötzlich wie ein alter CVP-Politiker redet.

Wie seriös das grüne Manöver am Tag der Bundesratswahlen wirken wird, hängt vor allem von der Anzahl Stimmen ab. Die SP wird sich mit Solidaritätsbekundungen für den grünen Kandidaten zurückhalten, weil sie den vakanten Sitz von Alain Berset als Letztes besetzen muss. Die FDP hätte hier immer noch die Möglichkeit zu intervenieren. Jede Stimme für den grünen Kandidaten über das Öko-Lager hinaus könnte demnach von der Mitte stammen. Das Resultat wird zu lesen sein wie ein Seismograf. Wie stark sind die Schwingungen links der Mitte?